



Öffentliche Bekanntmachung

6. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Liegenschaften

Sitzungstermin: Dienstag, 13.06.2023, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Konferenz- und Schulungszentrum, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.03.2023
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Die losweise Vergabe von Leistungen **2023/043**
6. Ausbau K 69 von Wense bis zur B 214 mit Neubau der Ersebrücke (LK Peine) **2023/052**
7. Bauaufsichtliches Einschreiten gegen Schottergärten im Landkreis Peine **2023/057**
8. Radverkehrskonzept Landkreis Peine - Zielausrichtung und Verfahren **2023/059**
9. Antrag Gruppe SPD-Grüne: Freigabe von Dachflächen für Photovoltaikanlagen der landkreiseigenen Immobilien an Energiegenossenschaften u.a.
10. Anfragen und Anregungen



**Fraktionen der
SPD und Bündnis90/Die Grünen**
im Kreistag Peine

Referat Landrat

LP EKR I II III
FD: 27

Eingang 24. MAI 2023

erforderlich: zur weiteren Bearbeitung
 Bericht Rücksprache LR
Sonstiges: Kenntnis zum Verbleib
WV: Hz: SK

Landrat des Landkreises Peine
Herr Henning Heiß
Burgstr. 1

31224 Peine

Peine, 12.05.2023

**Antrag auf die Freigabe von Dachflächen für Photovoltaikanlagen der
landkreiseigenen Immobilien an Energiegenossenschaften u.a.**

Sehr geehrter Herr Landrat Heiß,

Die Gruppe SPD/Grüne beantragt, die zeitnahe Freigabe der Flächen, die im Dachflchenkataster des Landkreises als geeignete Flächen für eine Belegung mit Photovoltaik aufgezeigt sind. Bevorzugt sollten Energiegenossenschaften und ähnliche Gemeinschaften mit Bürgerbeteiligung berücksichtigt werden. Kooperationen mit den Gemeindewerken Peiner Land und den Stadtwerken Peine sollen gesucht werden. Die hierfür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und vertraglichen Festlegungen sollen ermittelt und eine Prioritätenliste, wo die schnellste Umsetzung möglich ist, erstellt werden.

Die Kreisverwaltung wird gebeten, bereits in der nächsten Sitzung des ABL am 13.06.23 zu berichten und eine Planung mit dem Ziel der Umsetzung noch in 2023 vorzulegen.

Begründung:

Die Energiewende bedarf der Ausschöpfung aller sinnvollen Ressourcen umweltschonender Energieerzeugungskapazitten. Hierzu gehören insbesondere auch PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden.

Der Finanzbedarf des Landkreises Peine, um die Gesamtflächen der geeigneten kreiseigenen Liegenschaft mit PV-Anlagen zu belegen, beträgt nach Aussage des IWB ca. 8.413.000 Euro. Da für eine derartige Belastung ein unzumutbarer zeitlicher Verlauf erforderlich wäre und die Mittel in den nächsten Jahren überhaupt nicht zur Verfügung gestellt werden können, muss darüber nachgedacht werden, welche Möglichkeiten zur schnelleren Umsetzung zur Verfügung stehen.

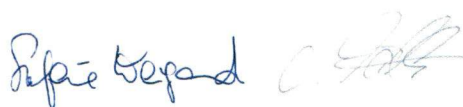
Die Entscheidung, die Anlagen an gewerbliche PV-Anlagen-Betreiber zu vermieten, sollte nur im Ausnahmefall gefällt werden.

Im Umkreis des Landkreises Peine gibt es bereits mehrere Genossenschaftsmodelle, die nach eigenen Aussagen an Flächen im Landkreis interessiert sind. Der Landkreis Peine könnte Mitglied dieser Genossenschaften werden und auch Bürger hätten die Möglichkeit sich daran zu beteiligen und über Dividenden partizipieren.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Hoffmann
Fraktionsvorsitzender
SPD



Steffi Weigand Christian Falk
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90 / Die Grünen



Informationsvorlage Federführend: Vergabestelle	Vorlagennummer:	2023/043
	Status:	öffentlich
	Datum:	16.05.2023

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Bauen und Liegenschaften (Kenntnisnahme)	13.06.2023	Ö

Im Budget enthalten:	---	Kosten (Betrag in €):	--- €
Mitwirkung Landrat:	nein	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Die losweise Vergabe von Leistungen

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Aufgrund vermehrter Begehrlichkeiten der Bedarfsstellen und IKZ-Kommunen im Hinblick auf den Verzicht von losweisen Vergaben wird nachfolgend dargestellt, warum es rechtlich erforderlich ist, in einem Vergabeverfahren Leistungen in Lose auszuschreiben.

Die Zentrale Vergabestelle (ZV) unterstützt alle Dienststellen der Kreisverwaltung und IKZ-Kommunen bei der Beschaffung von Bauleistungen, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen sowie bei der Vergabe freiberuflicher Leistungen. Sie hat dabei vor allem eine beratende und unterstützende Funktion und gewährleistet bei den durchzuführenden Vergabeverfahren die Beachtung und Einhaltung der unterschiedlichen Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Dienstanweisungen.

In einem Vergabeverfahren können Ausschreibungen aus mehreren Teilen bestehen, die unabhängig voneinander zu vergeben sind. Diese Teile werden als Lose bezeichnet. Bei einer mengenmäßigen Aufteilung von Leistungen spricht man von Teillosen, bei einer Aufteilung nach Fachgebieten von Fachlosen. Dies gilt sowohl für die nationalen Vergaben im unter-schweligen Bereich (§ 5 Abs. 2 VOB/A) sowie für europaweite Ausschreibungen im Oberschweligenbereich. Bei öffentlichen Bauaufträgen ist die losweise Vergabe verpflichtend; es gilt in allen Vergabeverfahren der Grundsatz der Losaufteilung bzw. Losvergabe. Eine Vergabe von Bauleistungen ohne Losbildung wird als schwerer Vergaberechtsverstoß gewertet. Werden in einem Vergabeverfahren auch noch Fördermittel verwendet, ist

dabei eine Rückforderung von 25% der Fördermittel vorgesehen (gem. Finanzkorrekturrichtlinie).

Die Beachtung des Grundsatzes der Losvergabe dient vor allem dem Ziel der Mittelstandsförderung. Auf eine Aufteilung nach Losen darf nur verzichtet werden, wenn sowohl technische als auch wirtschaftliche Gründe gegen eine losweise Vergabe sprechen.

Der/die Auftraggeber*in muss deutlich darlegen, wieso er/sie sich gegen eine Aufteilung nach Losen entscheidet oder wieso mehrere Fachlose zu einem Auftrag zusammengelegt werden sollen. Ein sich dadurch ergebender erhöhter Aufwand für Koordination und Durchführung des Verfahrens ist vom öffentlichen Auftraggeber hinzunehmen und daher kein triftiger Grund vom Grundsatz der Losaufteilung abzuweichen. Ein Verzicht auf eine Aufteilung nach Losen ist daher die Ausnahme.

Ziele / Wirkungen:

Bei großen Bauvorhaben hat die Trennung in Teil- und Fachlosen vor allem zum Ziel, dass mittelständische Interessen bei der Vergabe Berücksichtigung finden. Dadurch, dass auch kleinere Auftragseinheiten (Lose) umfangreicher Bau-, Liefer- oder Dienstleistungsaufträge vergeben werden, erhalten kleine und mittlere Unternehmen die Chance zur Bewerbung.

Ein weiteres Argument für die Vergabe nach Losen liegt in der Qualifikation. Bestimmte Bauleistungen sind lediglich von spezialisierten Unternehmen durchzuführen, eine losweise Vergabe hilft hier bei der Auswahl der geeigneten Unternehmen.

Ressourceneinsatz:

Der § 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) regelt den Grundsatz der Losaufteilung. Gleichzeitig ergibt sich aus § 97 GWB die Verpflichtung der öffentlichen Auftraggeber* innen zu einer wirtschaftlichen Beschaffung.

Die Zentrale Vergabestelle ist in jedem Einzelfall gefordert den Dienststellen der Kreisverwaltung und IKZ-Kommunen eine praktikable Lösung aufzuzeigen, ohne die Rechtssicherheit des Vergabeverfahrens zu gefährden.

Schlussfolgerung:

Die in der Sachdarstellung aufgezeigte Folge einer Missachtung des Gebotes der Losbildung (Vergaberechtsverstoß) ist ein Indiz dafür, dass die Arbeit der ZV einen hohen Stellenwert und seine Berechtigung hat.

Vergaberechtsverstöße des Auftraggebers/der Auftraggeberin können bei geförderten Projekten nicht nur zu rechtlichen Auseinandersetzungen mit Bewerber*innen um den Auftrag führen, sondern auch zu Rückforderungen von Fördermitteln durch den Fördermittelgeber.

Umso wichtiger ist es, dass die Mitarbeiter*innen der ZV für die Wahrnehmung der Aufgaben spezialisiert sind und folglich über ein großes fachliches Know-How und Erfahrungswissen verfügen, was nur durch ein beständiges Personal innerhalb der ZV erlangt werden kann. Diese Faktoren erhöhen die Rechtssicherheit bei der Abwicklung aller Vergabeverfahren.

Anlagen



Informationsvorlage Federführend: Fachdienst Straßen	Vorlagennummer:	2023/052
	Status:	öffentlich
	Datum:	10.05.2023

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Bauen und Liegenschaften (Kenntnisnahme)	13.06.2023	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	4,81 Mio €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	ja	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	ja		

Ausbau K 69 von Wense bis zur B 214 mit Neubau der Ersebrücke (LK Peine)

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Zum Sachstand des Planfeststellungsverfahrens wird – wie folgt – berichtet:

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 15.08.2018, Vorlage 300/2018, den im Folgenden aufgeführten Beschluss einstimmig gefasst:

- a.) Der Beschluss zur Vorlage 184/2014 vom 03.12.2014 wird bestätigt.

„Im Rahmen des Ausbaus der K 69 zwischen Wense und der Einmündung der Kreisstraße 65 und dem Neubau der Ersebrücke erfolgt die Anlage eines straßenbegleitenden Radweges auf der Südseite. Hierfür wird ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt.

Für den Ausbau des weiterführenden Streckenabschnitts der Kreisstraße 69 mit Anlage eines straßenbegleitenden Radweges auf der Südseite, von der Einmündung der Kreisstraße 65 bis zur Bundesstraße 214, wird die Entwurfsplanung des ersten Abschnitts ergänzt. Hierfür werden im Haushalt 2015 50.000 € zusätzlich bereitgestellt.“

b.) Der unter a.) aufgeführte Beschluss wird – wie folgt – ergänzt:

Der Ausbau des weiterführenden Streckenabschnitts der Kreisstraße 69 von der Einmündung der Kreisstraße 65 bis zur Bundesstraße 214 erfolgt mit Anlage eines straßenbegleitenden Radweges auf der Südseite. Für diesen Abschnitt wird zusammen mit dem unter a) aufgeführten Abschnitt ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren durchgeführt.

Die geplante Maßnahme und ihre Wirkungen, auch hinsichtlich der Lage des Radweges, wurden im Rahmen der o.a. Vorlage umfassend und detailliert dargestellt.

Durch den federführenden Fachdienst Straßen und das mit der Planung beauftragte Ingenieurbüro sowie Landschaftsplanungsbüro wurden in der Folgezeit die umfangreichen und beispielsweise mit der Unteren Naturschutzbehörde mehrfach abzustimmenden Entwurfs- und Planfeststellungsunterlagen erarbeitet.

Am 14.10.2020 wurde das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der K 69 mit Neubau der Ersebrücke eingeleitet.

Die Planunterlagen lagen nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich zu jedermanns Einsicht vom 16.11.2020 bis zum 30.11.2020 in den Rathäusern der Gemeinden Wendeburg und Edemissen aus. Die Frist für das Vorbringen von Einwendungen gegen die Baumaßnahme endete am 14.12.2020.

Durch die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte die Benachrichtigung der Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) gegen die Entscheidung nach § 74 VwVfG einzulegen. Ihnen wurde ebenfalls Gelegenheit gegeben, bis zum 14.12.2020 zum Plan Stellung zu nehmen.

Parallel beteiligte die Planfeststellungsbehörde die entsprechenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Am 01.02.2021 wurden die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen sowie die von den privaten Einwendern und Einwenderinnen erhobenen Einwendungen von der Planfeststellungsbehörde an den Vorhabenträger (hier: Techn. Bereich im Fachdienst Straßen des Landkreises Peine) zwecks Erwiderung/ Gegenäußerung weitergeleitet.

Mit Schreiben vom 29.03.2022 wurden die vom Vorhabenträger formulierten Erwiderung(en)/Gegenäußerung(en) den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den privaten Einwendern und Einwenderinnen übersandt.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde anstatt eines Erörterungstermins eine Online-Konsultation durchgeführt.

Über die Online-Konsultation nach dem PlanSiG in der Zeit vom 15.06.2022 bis zum 06.07.2022 wurde eine inhaltliche Zusammenfassung gefertigt, die am 01.09.2022 für einen Zeitraum von einem Monat auf der Internetseite des Landkreises Peine veröffentlicht wurde. Hierüber wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die privaten Einwender und Einwenderinnen, welche sich im Zuge der durchgeführten Online-Konsultation äußerten, mit Schreiben vom 01.09.2022 informiert.

Die im Zuge der Online-Konsultation abgegebenen Äußerungen wurden von Planfeststellungsbehörde an den Vorhabenträger zur erneuten/weiteren Stellungnahme abgegeben.

Nach Vorlage dieser Stellungnahmen begann die Planfeststellungsbehörde den zu fertigenden Planfeststellungsbeschluss vorzubereiten.

Zwischenzeitlich liegt ein Entwurf des ca. 77-seitigen Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau der K 69 von Wense bis zur B 214 mit Neubau der Ersebrücke vor.

Der Planfeststellungsbeschluss wird nach Fertigstellung zusammen mit den festgestellten Planunterlagen nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung bei den Gemeinden Edemissen und Wendeburg für zwei Wochen zur Einsichtnahme ausgelegt (§ 74 VwVfG).

Zudem wird dem Vorhabenträger, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den privaten Einwendern und Einwenderinnen der Planfeststellungsbeschluss zugestellt.

Nach Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses wird die Ausführungsplanung einschl. Ausschreibung/Vergabe, der erforderliche Grunderwerb, usw. erfolgen.

Beschreibung der Verkehrsanlage

Die vorhandene Trassierung und damit die sehr gleichmäßige und geradlinige Linienführung der Kreisstraße wird beibehalten. Im Abschnitt zwischen der OD Wense und der Einmündung der K65 erfolgt der Ausbau im Hocheinbau auf vorhandener Trasse mit einer südlichen Verbreiterung zur Anlage des Sicherheitstrennstreifens und des Radweges im grundhaften Ausbau. Der straßenbegleitende Baumbestand auf der Südseite muss in diesem Abschnitt aufgrund der erforderlichen Anschüttungen entfallen. Die Fahrbahn erhält eine Breite von 6,0m, ein nördliches Bankett mit einer Breite von 1,50m und einen südlichen Sicherheitstrennstreifen zum Radweg in einer Breite von 1,75m. Der Radweg erhält eine Breite von 2,50m. Das sich anschließende Bankett ist 0.75m breit.

Im Abschnitt zwischen dem Knotenpunkt K65/K69 und der Bundesstraße 214 (Ersehof) wird die Fahrbahn in einer reduzierten Breite von 5,50m im Hocheinbau ausgebaut. Der Radweg wird in einer Breite von 2,50m eigenständig südlich der K69 hinter dem vorhandenen Straßenseitengraben bis zur B214 weitergeführt, wo er dann durch die signalisierte Querung der Bundesstraße lückenlos an den bestehenden Radweg der OD Ersehof anbindet. Die Erneuerung der Kreisstraße erfolgt in Asphaltbauweise (Belastungsklasse 1,8).

Die Herstellung des Radweges erfolgt in Betonbauweise. Die vorhandenen Entwässerungsgräben und -mulden werden profiliert, vorhandene Durchlässe werden angepasst bzw. erneuert.

Hinweis:

Die Planunterlagen sind – und auch der Planfeststellungsbeschluss wird – im Internet auf der Seite des Landkreises Peine veröffentlicht. Hierfür ist <https://www.landkreis-peine.de/Kreisstraßen> einzugeben und anschließend auf „Straßenverwaltung“ und „Planfeststellungsverfahren“ zu klicken. Unter „Aktuelle Planfeststellungsverfahren“ ist dann auch das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der K 69 Wense - B 214 mit Neubau der Ersebrücke zu finden.

Ziele / Wirkungen:

Klima-/Umwelt-/Naturschutz:

Durch die Maßnahme werden unter größtmöglicher und wohl abgewogener Minderung von Eingriffen in den Naturhaushalt zukünftig Verkehrsbeschränkungen vermieden.

Prävention/Nachhaltigkeit:

Die Verkehrsverhältnisse werden nachhaltig verbessert und insbesondere die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer durch die Herstellung eines separat geführten Radweges erhöht.

Ressourceneinsatz:

Die erforderlichen Mittel für die Baukosten werden in den Haushalten 2024 und 2025 eingeplant.

Schlussfolgerung:

Mit dem Ausbau der K 69 und der Herstellung eines separat geführten Radweges wird eine weitere Maßnahme des 5. Mehrjahresbauprogramms für Kreisstraßen umgesetzt. Der Radweg schließt eine wichtige Lücke im Radwegnetz des Landkreises Peine, sodass es Radfahrerinnen und Radfahrern künftig möglich sein wird, durchgängig auf eigenem Weg von Peine bis nach Neubrück sicher zu gelangen.

Anlagen

0



Beschlussvorlage Federführend: Fachdienst Bauordnung, Raumordnung	Vorlagennummer:	2023/057
	Status:	öffentlich
	Datum:	15.05.2023

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Bauen und Liegenschaften (Vorberatung)	13.06.2023	Ö
Kreisausschuss (Vorberatung)	14.06.2023	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	14.06.2023	Ö

Im Budget enthalten:	nein	Kosten (Betrag in €):	ca. 144.800 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	ja	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	ja		

Bauaufsichtliches Einschreiten gegen Schottergärten im Landkreis Peine

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Eingreifkonzeptes „Umgang mit Schottergärten im Landkreis Peine“ beauftragt. Um allerdings ein verstärktes Einschreiten gegen Schottergärten zu gewährleisten, wird für den nächsten Stellenplan die Einrichtung von zwei zusätzlichen Stellen für den Fachdienst „Bauordnung, Raumordnung“ (voraussichtliche Eingruppierung Besoldungsgruppe A 10 NBesG bzw. Entgeltgruppe 9 a TVöD) zugesichert. Der sofortigen Besetzung wird zugestimmt.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Mit den Beschlüssen vom 26.04.2022 im Ausschuss für Bauen und Liegenschaften sowie am 25.05.2022 im Kreisausschuss wurde die Verwaltung beauftragt, ein ordnungsbehördliches Konzept zum Umgang mit Schottergärten im Landkreis Peine zu erstellen.

Die Erstellung des Konzeptes ist mittlerweile abgeschlossen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass ein einzelnes Verfahren gegen Schottergärten neben personellen Ressourcen gleichermaßen viele Zeitanteile und Kapazitäten fordert.

Insbesondere die Dauer sowie der Umfang nachrangiger Verwaltungsverfahren wird oftmals erheblich unterschätzt.

Ohne zusätzliche Personalressourcen kann ein verstärktes Einschreiten gegen Schottergärten nicht gewährleistet werden. Infolgedessen würde die Bauaufsichtsbehörde weiterhin einzelfallabhängig gegen Schottergärten mit den vorhandenen Personalressourcen einschreiten. Die Bearbeitung erfolgt in diesem Fall aufgrund eingehender Hinweise oder eigener Erkenntnisse der Bauaufsichtsbehörde.

Dem vorliegenden Konzept ist zu entnehmen, dass die Verfolgung von Schottergärten nur intensiviert werden kann, wenn der bestehende Personalkörper um zwei Vollzeitstellen erweitert wird. Diese befassen die sich explizit mit der Bearbeitung und Verfolgung von Schottergärten im Landkreisgebiet. Dazu gehört ebenfalls die Vornahme von Ortsterminen, Festlegung der zu prüfenden Gebiete sowie der Abarbeitung von Hinweisen. Dabei wird der Einsatz durch ausgebildete Verwaltungskräfte vorgeschlagen, welche gemeinsam mit der Bauaufsichtsbehörde die fachliche Einordnung vornehmen und das weitere Verwaltungsverfahren bearbeiten können.

Es handelt sich um den zusätzlichen Einsatz folgender Stellen:

Bezeichnung	Funktion	Eingr.	Anteil
Verwaltung	Schwarzbauverfahren	EG 9a	1,0
Verwaltung	Widerspruchs- / Klage- / Schwarzbauverfahren	A 10	1,0

Ziele / Wirkungen:

Nachhaltigkeit / Klima-/Umwelt-/Naturschutz:

Eine Reduktion ökologisch negativ bewerteter Schottergärten wirkt sich positiv auf den Klima- und den Naturschutz aus, da diese Art der Kiesflächen insbesondere die heimische Tierwelt nicht ausreichend nutzen kann. Die Flächen bieten weder Nahrung noch Unterschlupf, was den Schutz von Tier und Natur ergänzend erschwert. Zudem wird durch das eingebrachte Vlies oder Folie das Versickern von Regenwasser reduziert bzw. sogar verhindert. Bei groß angelegten Schotterflächen lassen sich zudem negative Auswirkungen auf das Kleinklima feststellen, da diese Flächen im Sommer die Wärme speichern und durch Abkühlung die Transpiration von Pflanzen fehlt. Zur Stärkung des Klima- Umwelt- und Naturschutz sind solche Schotterflächen deutlich zu reduzieren.

Ressourceneinsatz:

Um eine konsequente Ahndung von Schottergärten im Landkreis Peine zu ermöglichen, sind weitere Personalkapazitäten erforderlich.

Hierbei handelt es sich um zwei Vollzeitstellen aus dem Verwaltungsbereich in der Entgeltgruppe 9a sowie Besoldungsstufe A 10, die sich neben der Ahndung von Schottergärten ebenfalls mit den nachrangigen, umfangreichen Verwaltungsverfahren befassen.

Sollte eine Verfolgung von Schottergärten intensiviert werden, so müssen weitere Personalkosten von ca. 144.800€ jährlich (*Grundlage KGSt*) berücksichtigt werden.
[Produktnummer: 52101000 (*Bauaufsicht*); Sachkonten 4011000 (*Beamte*) und 4012000 (*Arbeitnehmer*)]

Schlussfolgerung:

Im Ergebnis kann auf Grundlage des bestehenden Konzeptes eine konsequente Verfolgung von Schottergärten nur mit dem Einsatz zusätzlicher Personalressourcen gewährleistet werden.

Anlagen

Umgang mit Schottergärten im Landkreis Peine – Eingreifkonzept (*Stand Mai 2023*)



Umgang mit Schottergärten im Landkreis Peine

Eingreifkonzept

Fachdienst Bauordnung, Raumordnung

Inhalt

Abschnitt 1	2
Grundlagen zu Schottergärten	2
1 Einleitung	3
2 Was ist ein Schottergarten?	3
2.1 Steingärten	4
2.2 Schottergärten	4
4 Handlungsinstrumente	5
4.1 Instrumente der Gemeinden.....	5
4.1.1 Bauplanungsrecht Festsetzungen	5
4.1.2 Bauplanungsrecht Grundflächenzahl	6
4.1.3 Bauplanungsrecht Konkrete Pflanzgebote	6
4.1.1.3 Durchsetzung Pflanzgebote.....	7
4.2 Instrumente der Gemeinden.....	7
4.2.1 Bauordnungsrecht Örtliche Bauvorschriften (ÖBV)	7
4.3 Instrumente der Bauaufsichtsbehörde.....	9
4.3.1 Bauordnungsrecht Nds. Bauordnung	9
4.3.2 § 9 Abs. 2 Nds. Bauordnung (<i>Nicht überbaute Flächen, Kinderspielplätze</i>) .	9
4.3.2.1 Auflagen in Baugenehmigungen	10
4.4 Weitere Instrumente.....	10
4.4.1 Förderprogramme zur Flächenentsiegelung	10
4.4.2 Beratungsangebote durch die Verwaltung	11
4.5 Aktuelle Rechtsprechung	11
4.5.1 Beschluss des Obergerichtes Niedersachsen.....	11
Abschnitt 2	12
Einschreiten gegen Schottergärten Eingreifkonzept	12
5 Verwaltungsablauf zum Umgang mit Schottergärten	13
5.1. Verwaltungstechnischer Ablauf (schematisch).....	14
6 Maßnahmen gegen Schottergärten	14
6.1. Bisheriger Ansatz	14
6.2.2 Erfahrungswerte im Zuge von behördlichen Verfahren.....	15
6.2.3 Umgang mit Schottergärten im Landkreis Peine	15
7 Schlussfolgerung	16
[Quellen]	18
[Abkürzungen]	20

Abschnitt 1

Grundlagen zu Schottergärten

1 | Einleitung

Negativtrend Schottergarten

Seit einigen Jahren lässt sich in den Gärten vieler Hauseigentümer*innen ein neuer Trend erkennen: Grün – und Freiflächen weichen - teilweise großräumig - angelegten Kies- und Schotterflächen. Die Entscheidung zu einem Schottergarten sind sehr unterschiedlich: die Pflege einer solchen Fläche wird als pflegeleicht angesehen oder man schätzt eine zurückhaltende, moderne Erscheinung der Gartengestaltung. Allerdings werden die Konsequenzen deutlich verkannt oder gar nicht erst bedacht. Das Anlegen einer solchen Fläche ist recht kostenintensiv und bedarf bereits nach weniger Zeit eine erste Pflege. Die Steine verfärben sich durch Moosablagerungen, Blätter verfangen sich in den Zwischenräumen oder Unkraut bricht



Schottergarten [Foto: FD 26 – Landkreis Peine]

durch die Kieszwischenräume. Das unterliegende Flies oder die Folie erschwert bzw. verhindert das Versickern von Regenwasser, hat negative Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und der Boden leidet. Bei großflächigen Schotterflächen sind sogar negative Effekte auf das Kleinklima feststellbar, weil diese Flächen im Sommer die Wärme speichern und Abkühlung durch die Transpiration von Pflanzen fehlt.

Die Ausgestaltung von nicht überbauten Flächen ist bereits seit einigen Jahren in der Nds. Bauordnung (NBauO) fest verankert. Allerdings stehen Schottergärten erst seit einiger Zeit in einem besonderen Fokus. Folglich müssen sich Landkreise und Städte intensiv mit der Fragestellung auseinandersetzen, wie mit Schottergärten künftig umgegangen werden kann. Hierfür stehen insbesondere sowohl den Gemeinden als auch den Bauaufsichtsbehörden verschiedene Instrumente zur Verfügung.

Das vorliegende Konzept befasst sich neben der Definition eines Schottergartens ebenfalls mit diesen unterschiedlichen Instrumenten, der aktuellen Rechtslage sowie im zweiten Abschnitt mit den verwaltungsrechtlichen Abläufen.

2 | Was ist ein Schottergarten?

In der Garten- und Außenbereichsgestaltung werden vielfach Steine in jeglicher Form und Größe eingesetzt. Allerdings kann nicht jede Fläche mit Steinelementen sofort mit einem typischen, negativ bewerteten Schottergarten gleichgestellt werden. Viele Arten von Steingärten fördern sogar die Biodiversität und bieten einer Vielzahl an Insekten und Tierarten Unterschlupf. Aus diesem Grund ist es umso mehr erforderlich, dass jeder Einzelfall durch die Bauaufsichtsbehörde sorgsam ausgewertet und zwischen Schotter – und Steingärten unterschieden wird.

2.1 Steingärten

Ein fachgerecht angelegter Steingarten nach **alpinem Vorbild** (*Alpinum*) ist einer charakteristischen Berglandschaft nachempfunden. Findlinge, eine große Anzahl an Steinen sowie viele dicht bewachsene, alpine Stauden und Pflanzenarten imitieren die nährstoffarmen und felsigen Gebiete solcher hochgelegenen Regionen. Steingärten sind im Regelfall direkt mit dem Boden verbunden und ohne Flies oder Folie errichtet. Diese natürlichen Lebensräume bieten eine Heimat für eine Vielzahl an Lebewesen wie Insekten, kleinere Reptilien oder Spinnen.

Eine besondere Art der Gartengestaltung bildet der japanische **Zen – Garten**, der sich insbesondere durch Steine, Moos, Bäume und Steine bzw. Felsbrocken auszeichnet.

In Ergänzung dazu sind **Kies – und Splittgärten** oder Beete zu nennen, die mit einem nährstoffarmen Substrat und einer Vielzahl an Pflanzen, insbesondere Stauden, angelegt werden. Teilweise wird auch Bruchsand oder andere Steinarten wie Schieferbruch oder Lavasteine verwendet. Unterschiedliche, locker gesetzte Stauden und Blühpflanzen bieten zahlreichen Tieren einen vielfältigen Lebensraum. Im Gegensatz zu einem Schottergarten ist die Kiesfläche nahezu vollständig bepflanzt und dominiert nicht.



Kies/Splittgarten [Foto: FD 26 – Landkreis Peine]

2.2 Schottergärten



Schottergarten [Foto: FD 26 – Landkreis Peine]

Neben den voran genannten Steingärten zeichnet sich beim Anlegen von Steinflächen ein neuer Trend ab: große Flächen werden mit Kies, Schotter oder ähnlichem Material ausgestreut und in so genannte „Steinwüsten“, den Schottergärten, verwandelt.

Gegen aufsteigendes Unkraut wird oft eine zusätzliche Unterfolie, Vlies oder in einigen Fällen sogar Beton verwendet und der Boden damit vollflächig versiegelt. Der Wunsch nach einem pflegeleichten Garten oder die Vorliebe einer reduzierten Gestaltung stehen an dieser Stelle oft im Vordergrund. Daher prägen diese Anlagen häufig nur einzelne Pflanztröge, Findlinge, Figuren, Statuen oder spärliche gesetzte Einzelpflanzen wie zum Beispiel kleine Bäume, Gräser, Sträucher oder auch Bonsai – Pflanzen. Derart versiegelte Flächen schaden nicht nur der Bodenflora,

sie beschleunigen auch das Insektensterben und schaden dem Artenreichtum. Aus biologischer Sicht bieten solche Gärten weder Pflanzen noch Insekten ausreichend

Lebensraum, da unter anderem Rückzugsorte und Nahrung fehlen. Feinstaubbelastungen – vor allem in Stadtgebieten – nehmen erheblich zu, da die fehlenden Pflanzen aufkommenden Staub nicht mehr filtern können. Das Aufheizen der ungeschützten Steinflächen im Sommer beschleunigt weiter das Austrocknen verbliebener Pflanzen. Trotz Unterfolie lässt sich Unkraut zwischen den Steinen nicht vermeiden, weshalb oftmals Pestizide eingesetzt werden, die zusätzlich dem Boden und der Tierwelt schaden. In Fällen von Starkregen kann es zudem vorkommen, dass Regenwasser nicht mehr versickern kann.

3 | Schottergärten im Landkreis Peine

Die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Peine ist für die sechs Gemeinden Wendeburg, Edemissen, Hohenhameln, Ilsede, Lengede und Vechelde zuständig. Eine konkrete Aussage zu einer Zahl an Schottergärten im Landkreisgebiet ist aufgrund der dynamischen Entwicklung sowie fehlender, personeller Ressourcen für eine genauere Aufstellung erwartungsgemäß nicht möglich. Für eine erste Einordnung wurde daher im Juni 2022 eine Abfrage bei den kreisangehörigen Gemeinden vorgenommen: in dieser sollte eine Übersicht aller Neubaugebiete der letzten 10 Jahre (*Jahresende 2012*) sowie im Idealfall eine erste grobe Einschätzung zum prozentualen Anteil möglicher Schottergartenflächen innerhalb der jeweiligen Baugebiete erfolgen. Die Zahl der rechtskräftigen Bebauungspläne liegt mit einem Durchschnittswert von etwa 12 Baugebieten im zweistelligen Bereich. Einzige Ausnahme bildet die Gemeinde Hohenhameln. Insbesondere die Gemeinden Vechelde und Lengede liegen bei etwa 15 Neubaugebieten in ca. 10 Jahren. Eine erste Schätzung möglicher Schottergartenflächen konnte nur von zwei Gemeinden vorgenommen werden: die Gemeinde Lengede geht von einem anteiligen Wert von je ca. 30 % je Neubaugebiet aus. Die Gemeinde Wendeburg nennt Schätzwerte zwischen 5 bis 25 % bei den Neubaugebieten, die bereits fertiggestellt wurden. Überträgt man diese erste grobe Einschätzung vorerst auf die anderen Gemeinden, so kann von einem überschlägigen Wert von ca. 20 % Schottergartenflächen in den jeweiligen Gebieten ausgegangen werden. Teilweise umfassen die Baugebiete je nach Größe bis zu 95 Bauplätze. *[Stand: Juni 2022]*



Schottergarten [Foto: FD 26 – Landkreis Peine]

4 | Handlungsinstrumente

Nachfolgend werden unterschiedliche rechtliche Möglichkeiten zum Vorgehen gegen Schottergärten aufgezeigt.

4.1 | Instrumente der Gemeinden

4.1.1 | Bauplanungsrecht | Festsetzungen

Regelungen für: Bebauungspläne (§ 30 Baugesetzbuch)

Die Gemeinden können in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB im Zuge ihrer Planungshoheit im Bebauungsplan das Anlegen von Schottergärten über entsprechende

Festsetzungen entsprechend regulieren. Im Baugesetzbuch sind unter § 9 BauGB alle Festsetzungsoptionen aufgeführt. Die Möglichkeiten sind an dieser Stelle vielfältig, da die Gemeinden die jeweilige Festsetzung mit diversen Schutzziele wie Naturschutz, Klimaschutz, Artenschutz oder Hochwasserschutz verbinden können. Hierfür kommen unterschiedliche Festsetzungen in Betracht. Die Gemeinden können sowohl auf die jeweilige Versiegelung der Flächen im Zuge des Hochwasserschutzes als auch auf die Gestaltung von Vorgärten durch Bepflanzung und Begründung Einfluss nehmen. Weiter besteht für die Gemeinden die Möglichkeit nach § 14 Baunutzungsverordnung Nebenanlagen sowohl auszuschließen als auch zu beschränken, um auf die jeweilige Größe der Freiflächen Einfluss zu nehmen. Grundsätzlich ist hierbei zu beachten, dass die Regulierung von Schottergärten über Bebauungspläne nur Teilbereiche einer jeweiligen Gemeinde betreffen kann. Eine Steuerung von Schottergartenflächen bei künftigen Bebauungsplänen ist im Grundsatz problemlos möglich. Allerdings ist bei einer Änderung von Festsetzungen in älteren Bebauungsplänen zu bedenken, dass diese mögliche, daraus resultierende, Planungsschäden hervorrufen könnten. Hierbei sind allerdings auch gesetzliche Fristen im BauGB entsprechend geregelt.

4.1.2 | Bauplanungsrecht | Grundflächenzahl

Regelungen für: Bebauungspläne (§ 30 Baugesetzbuch)

Neben einer Regulierung über Festsetzungen nach BauGB kann die Gemeinde weiter den jeweiligen Grad der Versiegelung über das Maß der baulichen Nutzung im Zuge der Baunutzungsverordnung (BauNVO) ordnen. An dieser Stelle ist insbesondere die so genannte **Grundflächenzahl (GRZ)** nach § 19 BauNVO zu nennen. Mit diesem Instrument können Gemeinden das Ausmaß der Überbauung und in Folge zu erhaltene Freiflächen der Grundstücke gezielt steuern.

4.1.3 | Bauplanungsrecht | Konkrete Pflanzgebote

Regelungen für: Bebauungspläne (§ 30 Baugesetzbuch)

Pflanzgebote können sowohl über örtliche Bauvorschriften (*siehe Pkt. 4.2.1*) als auch als Festsetzung im Bebauungsplan gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB durch die Gemeinden geregelt werden.

„Im Bebauungsplan können aus städtebaulichen Gründen festgesetzt werden:

25. für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon sowie für Teile baulicher Anlagen mit Ausnahme der für landwirtschaftliche Nutzungen oder Wald festgesetzten Flächen

a) das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, (...)“

Neben möglichen prozentualen Angaben zu Freiflächen, deren Ausgestaltung (z.B. das Anlegen von Rasen, Stauden, Pflanzen etc.) sind ebenso Vorgaben zu Materialien sowie der konstruktive Aufbau der jeweiligen Flächen denkbar.

4.1.1.3 Durchsetzung Pflanzgebote

Regelungen für: Bebauungspläne (§ 30 Baugesetzbuch)

Die Gemeinde kann Eigentümer*innen von Grundstücken gem. § 178 BauGB durch einen Bescheid in die Pflicht nehmen, die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen des § 9 (1) Nr. 25a BauGB umzusetzen und das Grundstück entsprechend zu bepflanzen (*städtebauliche Gebote*).

Allerdings kann die Anordnung zur Bepflanzung eines Grundstücks auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen beruhen. Demzufolge kann die Bauaufsichtsbehörde in Verbindung mit § 9 (2) NBauO die Bepflanzung oder Begrünung von versiegelten Flächen ebenfalls anordnen. Dies geschieht unabhängig davon, ob sich das Grundstück im Innenbereich nach § 34 BauGB, Außenbereich nach § 35 BauGB oder in einem Gebiet mit einem Bebauungsplan nach § 30 BauGB befindet.

Da dementsprechend sowohl die Gemeinden, als auch die zuständige Bauaufsichtsbehörde im Rahmen des eigenen Ermessens gegen einen solchen Verstoß einschreiten kann, besteht mitunter Problematik einer divergenten Ermessensausübung. Aus diesem Grund ist eine Abstimmung zwischen den Behörden in ihren Grundzügen unabdingbar.

Ergänzend dazu enthalten Baugenehmigungen oftmals Nebenbestimmungen zur Bepflanzung, für deren Einhaltung wiederum die Bauaufsichtsbehörde selbst verantwortlich ist.

Im Ergebnis versetzt § 178 BauGB die Gemeinden zwar in die Lage, die in einem Bebauungsplan getroffene Festsetzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB umzusetzen oder das Pflanzgebot entsprechend anzuordnen. Jedoch ist hierbei zu beachten, dass das Vorhandensein städtebauliche Gründe eine baldige Umsetzung des Pflanzgebotes erforderlich machen.

Unabhängig davon besteht für die Gemeinden die Möglichkeit, die Begrünung und Bepflanzung von Grundstücken über örtliche Bauvorschriften zu regeln, wie unter Punkt 4.2.1 beschrieben. Für die Durchsetzung dieser Vorschriften ist originär die jeweilige Bauaufsichtsbehörde zuständig.

4.2 | Instrumente der Gemeinden

4.2.1 | Bauordnungsrecht | Örtliche Bauvorschriften (ÖBV)

Regelungen für: unregelter Innenbereich (§ 34 Baugesetzbuch); Ergänzung zum Bebauungsplan (§ 30 Baugesetzbuch)

Neben der Festlegung entsprechender Festsetzungen in Bebauungsplänen steht den Gemeinden ebenso das Instrument zum Erlass örtlicher Bauvorschriften zur Verfügung. Diese Regelung ermöglicht eine nähere Gestaltung des jeweiligen Ortsbildes sowohl in gewachsenen als auch neuen Strukturen. Insbesondere in Gemeindegebieten ohne Bebauungsplänen erleichtern örtliche Bauvorschriften durch klare und konkrete Vorgaben den Bauaufsichtsbehörden das Durchsetzen baurechtskonformer Zustände.

Die Ermächtigungsgrundlage zum Erlass örtlicher Bauvorschriften durch die Gemeinden als Satzung im übertragenden Wirkungsbereich findet sich in § 84 (3) NBauO (*Örtliche Bauvorschriften*) wieder. An dieser Stelle sind im Zusammenhang mit Schottergärten insbesondere die Nummern 3 sowie 6 – 8 zu nennen:

§ 84 (3) NBauO

„Um bestimmte städtebauliche, baugestalterische oder ökologische Absichten zu verwirklichen oder um die Eigenart oder den Eindruck von Baudenkmalen zu erhalten oder hervorzuheben, können die Gemeinden, auch über die Anforderungen des § 9 Abs. 1, 2 und 4 sowie der §§ 10 und 50 hinausgehend, durch örtliche Bauvorschrift für bestimmte Teile des Gemeindegebietes

3. die Gestaltung, Art und Höhe von Einfriedungen wie Mauern, Zäunen und Hecken bestimmen sowie die Einfriedung von Vorgärten vorschreiben oder ausschließen,

6. die Gestaltung der nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke regeln, insbesondere das Anlegen von Vorgärten vorschreiben,

7. die Begrünung baulicher Anlagen vorschreiben,

8. die Versickerung, Verregnung oder Verrieselung von Niederschlagswasser auf dem Baugrundstück vorschreiben.“

[Nr. 6 - Gestalterische Anforderungen an Grundstücke / Vorgärten]

Hierbei handelt es sich um örtliche Bauvorschriften mit gestalterischen Anforderungen an die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke. Diese ist insbesondere im Zusammenhang mit § 9 NBauO (*Nicht überbaute Flächen, Kinderspielplätze*) zu betrachten. Die Gemeinden haben mit dieser Regelung die Möglichkeit eine bestimmte Art der Gestaltung festzusetzen, mit der zudem auch ökologische Ziele verfolgt werden können. Dazu gehört die Art, Größe, Anordnung, Form der Bepflanzung, Anlegen von Stützmauern, Wegeflächen oder beispielsweise eine Eingrünung von Gebäuden. Das Gesetz erwähnt an dieser Stelle zudem explizit das Gestalten von Vorgärten. Die Gemeinde hat allerdings an dieser Stelle darauf zu achten, dass die Gestaltung dieser Bereiche keine städtebaulichen Ziele verfolgt. Hierzu gehört beispielsweise das Freihalten von Flächen für bestimmte Nutzungen wie Gartenanlagen.

Für diese Zweckbindung sind bauplanungsrechtliche Instrumente wie Festsetzungen in Bebauungsplänen zu verwenden.

[Nr. 3, 7, 8 - Ökologische Anforderungen an Grundstücke / Vorgärten]

Ökologische Zielrichtungen können ebenso mit einer örtlichen Bauvorschrift geregelt werden. Diese kommen insbesondere den Nummern 3, 7 und 8 des § 84 Abs. 3 NBauO noch einmal deutlicher zum Ausdruck. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, ökologische Aspekte wie das beispielsweise Versickern von Regenwasser auf dem jeweiligen Baugrundstück entsprechend vorzuschreiben. Im Grundsatz ermächtigen allerdings alle Inhalte des § 84 (3) NBauO die Gemeinde entsprechende Regelungsinhalte in örtliche Bauvorschriften aufzunehmen. Auch an dieser Stelle ist allerdings seitens der Gemeinde darauf zu

berücksichtigen, dass bodennutzende Bestimmungen im Sinne des Baugesetzbuches nicht in den örtlichen Bauvorschriften getroffen werden.

4.3 | Instrumente der Bauaufsichtsbehörde

4.3.1 | Bauordnungsrecht | Nds. Bauordnung

Die aktuelle Rechtslage hat sich mit einem Gerichtsurteil des OVG Niedersachsen vom 17.01.2023 konkretisiert. Diese in Verbindung mit dem derzeit geltenden Runderlass vom 11.12.2019 sowie der rechtlichen Grundlage des § 9 Abs. 2 NBauO bildet in Verbindung mit § 79 Abs.1 NBauO (*Baurechtswidrige Zustände*) das gegenwärtige Handlungsinstrument der Bauaufsichtsbehörden. Somit haben die Bauaufsichtsbehörden mit dieser aktuellen Rechtsgrundlage - in Verbindung mit dem geltenden Runderlass - die Möglichkeit bei Kenntnisnahme eines möglichen Rechtsverstößes Maßnahmen zu ergreifen, die zur Herstellung und Sicherung rechtmäßiger Zustände erforderlich sind.

Ein Einschreiten der Bauaufsichtsbehörde kann folglich nur in jedem Einzelfall und stets im pflichtgemäßen Ermessen erfolgen. Dieser obliegt ebenso die Entscheidung, ob oder inwieweit ein Einschreiten gegen eine versiegelte Fläche erfolgen soll. Hierbei steht insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Rahmen der Abwägung im Vordergrund.

4.3.2 | § 9 Abs. 2 Nds. Bauordnung (*Nicht überbaute Flächen, Kinderspielplätze*)

[Regelungsinhalt]

§ 9 (2) NBauO gibt vor, dass nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Nicht überbaute Flächen sind demnach um alle Grundstücksteile, die von keinem Gebäude oder sonstigem Hochbau bedeckt sind.

Dieser Absatz legt nicht die Art der Ausgestaltung der Grünflächen fest; der Gestaltungsspielraum des jeweiligen Verantwortlichen ist an dieser Stelle sehr weitläufig auszulegen.

Konkrete Vorgaben oder Grenzen können einzig durch die Gemeinden in Form von örtlichen Bauvorschriften (*hier: § 84 Abs. 3 Nr. 6 NBauO*) oder auch durch Bebauungspläne nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB zur Grünflächengestaltung gemacht werden.

§ 9 (2) NBauO bezieht allerdings nur die Flächen von Grundstücken ein, die als „anderweitig nicht genutzte Flächen“ übrigbleiben. Sollten schon von Beginn an bestimmte Flächen für eine besondere Begrünung durch Pflanzen, Sträucher etc. vorgesehen werden, so muss die zuständige Gemeinde diese im Zuge ihrer Planungshoheit entweder im Bebauungsplan oder durch öffentliche Bauvorschriften festlegen. Zudem kann die Gemeinde, wie bereits angeführt, nach § 14 BauNVO (Nebenanlagen) die Ausgestaltung der nach § 9 (2) NBauO zu begrünenden Freiflächen festlegen.

[Art der Ausgestaltung]

Die gesetzliche Formulierung der Vorgabe von Grünflächen überlässt die letztendliche Ausgestaltung hinsichtlich Art und Beschaffenheit dem Verpflichtenden. Es ist dabei unerheblich, ob es sich um einen gepflegten Garten, einen Nutzgarten oder naturbelassene Grünflächen handelt. An dieser Art von Flächen besteht weiter ein öffentliches Interesse, hier

insbesondere Wildpflanzen wachsen können, die an anderer Stelle nicht mehr vorkommen können. Neben Gehölzarten, Gras, Rasen oder jeglichen Nutz – und Zierpflanzen können auch schmale Einfassungen von Beeten mit Pflaster – oder Plattenbelägen sind je nach Umfang zulässig sein.

Demzufolge auch in einem geringen Maße Steinflächen oder Gärten, wenn die Flächen an Vegetation überwiegen. Es ist daher unproblematisch, wenn Grünflächen in ihrer Fläche durch solche Elemente oder auch Pflasterungen oder Plattenbeläge ergänzt werden. Allerdings dürfen diese nicht übermäßig ins Gewicht fallen. Ergänzend dazu dürfen sie keine Verunstaltung (§ 9 Abs.1 NBauO) hervorrufen.

[Ausnahmen zur Begrünung von Freiflächen]

Einige Freiflächen sind von der Begrünungspflicht ausgenommen, soweit sie für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Hierbei handelt es sich um sämtliche Nutzungen (keine Hochbauten), die entweder mit dem öffentlichen Baurecht vereinbar oder sogar geboten sind.

Dazu gehören u.a. Einstellplätze

- Zufahrten
- Gartenwege
- Lagerplätze
- Arbeitsflächen etc.

Auch an dieser Stelle muss beachtet werden, dass die Größe der jeweiligen, unbegrünten Flächen nicht über den reinen funktionalen Anspruch hinausgehen und demzufolge ein offensichtliches und wahrnehmbares Missverhältnis darstellen darf.

4.3.2.1 | Auflagen in Baugenehmigungen

Auflagen hinsichtlich Schottergärten in einer Baugenehmigung sind im Vorgehen gegen Schottergärten kein geeignetes Mittel, da verfahrensfreie Baumaßnahmen in einem Baugenehmigungsverfahren nicht geprüft werden.

Die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Peine verweist allerdings in ihren Hinweisen zur Baugenehmigung wie folgt:

„Es ist insbesondere darauf zu achten, dass gem. § 9 Abs. 2 NBauO nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind.“

4.4 | Weitere Instrumente

4.4.1 | Förderprogramme zur Flächenentsiegelung

Mittlerweile fördern viele Gebietskörperschaften und Kommunen wie die Stadt Hannover über den BUND, die Stadt Bonn oder Offenbach die Entsiegelung und Begrünung von Flächen. Förderberechtigt sind u.a. Eigentümer*innen, Eigentümergemeinschaften sowie

Erbauberechtigte privater und gewerblicher Grundstücke. Gefördert neben zahlreichen anderen Maßnahmen wie Dach – oder Fassadenbegrünungen ebenso die Entsiegelung von Flächen ohne Begrünung wie Beton, Pflasterbeläge u.ä.

Diese finanzielle Unterstützung ermöglicht einerseits den Rückbau versiegelter Flächen und andererseits die Umgestaltung in Grünflächen in Wildblumenwiesen, Gehölzflächen mit naturnaher Bepflanzung, Staudenbeete und ähnlichem.

4.4.2 | Beratungsangebote durch die Verwaltung

Neben der Nutzung verwaltungsrechtlicher Instrumente wie unter den Punkten 4.2 und 4.3 beschrieben, besteht ebenso die Möglichkeit Bürger*innen in Form von Beratungsleistungen zu unterstützen. Neben der klassischen Bauberatung innerhalb der Bauaufsichtsbehörde kann sich der Interessierte ebenfalls bei der kreiseigenen Klimaschutzagentur oder in Teilen in den jeweiligen Gemeinden zur Ausgestaltung der Flächen und (Vor)Gärten eingehend beraten lassen.

Die Klimaschutzagentur bieten insbesondere spezielle Beratungen für den „Klimaschutz im Garten“ an, welche sich neben der Umgestaltung von Schottergärten ebenso mit Tipps zu klimafreundlichen Gärten oder nachhaltiger Gartengestaltung befassen. Zusätzliche Broschüren mit Hinweisen, Tipps und Ratschlägen für Gartenbesitzer*innen werden ebenfalls angeboten.

4.5 | Aktuelle Rechtsprechung

4.5.1 | Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Niedersachsen

Beschl. v. 17.01.2023, Az.: 1 LA 20/22 Bauaufsichtliche Verfügung zur Anordnung der Beseitigung von Kies aus zwei Beeten (hier: Schottergarten); Einordnung von Beeten als Grünflächen [*Amtlicher Leitsatz | OVG Urteil vom 17.01.2023*]

1. Für die Beurteilung, ob eine Grünfläche i.S.d. § 9 Abs. 2 NBauO vorliegt, ist stets eine wertende Betrachtung aller Umstände des Einzelfalls erforderlich. Dabei ist auf das Gesamtbild abzustellen; eine mathematisch-schematische Betrachtung verbietet sich.

2. Grünflächen werden durch naturbelassene oder angelegte, mit Pflanzen bewachsene Flächen geprägt ("grüner Charakter"). Dies schließt Steinelemente nicht aus, wenn sie sich dem Bewuchs dienend zu- und unterordnen.

3. Dass die nicht überbauten Flächen eines Baugrundstückes nur überwiegend Grünflächen sein müssen, ist § 9 Abs. 2 NBauO nicht zu entnehmen. Ein solches Verständnis widerspricht dem Wortlaut und der Intention des Gesetzgebers, die Versteinerung der Stadt auf das notwendige Ausmaß zu beschränken.

Abschnitt 2

Einschreiten gegen Schottergärten | Eingreifkonzept

5 | Verwaltungsablauf zum Umgang mit Schottergärten

In erster Linie haben Eigentümer*innen, Bauherr*innen oder Erbbauberechtigte gem. §§ 52, 56 NBauO für baurechtskonforme Zustände auf ihrem Grundstück zu sorgen und entsprechend die Vorschriften des öffentlichen Baurechts im Sinne des § 2 Abs. 17 NBauO einzuhalten. Diese Verantwortlichkeit bezieht sich sowohl auf „Anlagen“ als auch auf „Grundstücke“ selbst. Sollte dieser Verantwortung nicht nachgekommen werden, so kann die Bauaufsichtsbehörde bei Kenntnisnahme eines baurechtswidrigen Zustandes nach § 79 NBauO Maßnahmen anordnen, um die Herstellung und Sicherung rechtmäßiger Zustände zu bewirken. Dazu gehört auch eine Begrünung versiegelter Flächen mittels Verfügung.

Das zuständige Ministerium als oberste Bauaufsichtsbehörde vermerkt in seinem Informationsschreiben zu Schottergärten, dass ein Einschreiten gegen baurechtswidrige Zustände nach § 79 NBauO bzw. die Verformung von Ordnungswidrigkeiten im pflichtgemäßen Ermessen der Bauaufsichtsbehörden steht. Demzufolge muss stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in jedem Einzelfall betrachtet werden. Im Zuge einer Ermessensentscheidung wird entschieden, ob und wie eingeschritten werden soll.

Sobald die Bauaufsichtsbehörde Kenntnis von einem Schottergarten erhalten hat, wird im Rahmen ihres Ermessens geprüft, ob ein Einschreiten geboten ist. Entscheidet sich die Behörde dazu, gegen den Schottergarten einzuschreiten, beginnt ein umfangreicher Verwaltungsablauf mit mehreren Stufen (*vgl. Pkt. 5.1*). Dieser Prozess kann - je nach Fallkonstellation - mehrere Wochen, Monate oder auch teilweise Jahre in Anspruch nehmen.

Auch die jeweiligen Verursacher können von ihren Rechtsmitteln Gebrauch machen und gegen bauordnungsrechtliche Verfügungen im ersten Schritt Widerspruch und im späteren Verlauf gegebenenfalls auch Klage einreichen.

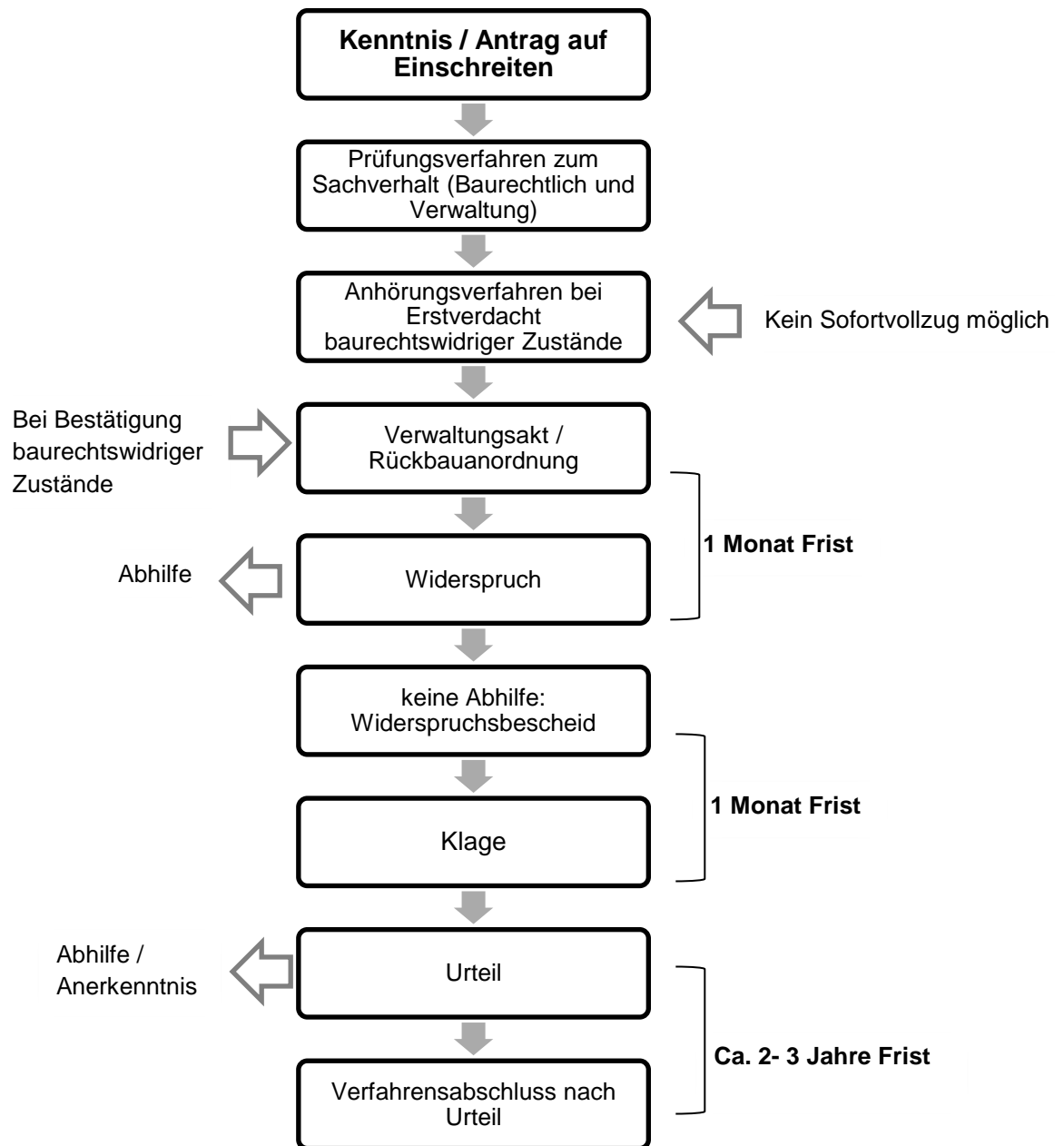
Selbst nach einer Urteilsverkündung im Sinne des Beklagten kann sich das nachfolgende Verwaltungsverfahren gegebenenfalls noch über einen weiteren längeren Zeitraum erstrecken, sollte die verursachende Person nicht kooperieren.

Aus diesem Grund führt ein behördliches Einschreiten gegen Schottergärten im Regelfall nicht zwangsläufig dazu, einen baurechtswidrigen Schottergarten schnellstmöglich zu beseitigen.



Schottergarten [Foto: FD 26 – Landkreis Peine]

5.1. | Verwaltungstechnischer Ablauf (schematisch)



6 | Maßnahmen gegen Schottergärten

6.1. Bisheriger Ansatz

Zum Vorgehen gegen Schottergärten stehen den Bauaufsichtsbehörden, aber auch den Gemeinden sowie weiteren Bereichen vielfältige Instrumente zur Verfügung.

Viele Gebietskörperschaften setzen im ersten Schritt zum Vorgehen gegen Schottergärten auf Aufklärung und Kommunikation. Auch der Landkreis Peine hat in der Vergangenheit vermehrt über die negativen Auswirkungen von Schottergärten Auskunft gegeben. Dazu gehörte die Teilnahme an Informationsveranstaltungen, explizite Aufklärung vor Ort, Hinweisschreiben an Gartenbaubetriebe zum Anlegen von Schottergärten und deren

schädlichen Effekt auf Umwelt und Natur, Einbindung der kreiseigenen Gemeinden, sowie die Aufnahme von Hinweisen, Aufklärungsunterlagen, Broschüren etc. auf der Homepage des Landkreises Peine:

Untere Bauaufsichtsbehörde | Information zu Schottergärten

[FAQ & Wichtige Informationen / Landkreis Peine \(landkreis-peine.de\)](https://www.landkreis-peine.de/faq-wichtige-informationen)

Klimaschutzagentur | Klimaschutz im Garten

[Beratungsangebote für Privathaushalte / Landkreis Peine \(landkreis-peine.de\)](https://www.landkreis-peine.de/beratungsangebote-fuer-privathaushalte)

Ergänzend dazu wurde ein besonderer Hinweis zu Schottergärten in Verbindung mit § 9 (2) NBauO in die Baugenehmigung mit aufgenommen:

„Es ist insbesondere darauf zu achten, dass gem. § 9 (2) NBauO nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere Nutzung erforderlich sind.“

Unabhängig von einem behördlichen Eingreifen gegen Schottergärten stellen diese Instrumente weiterhin ein geeignetes sowie präventives Mittel dar, um über die schädlichen Auswirkungen von Schotterflächen aufzuklären und im Idealfall sogar zu verhindern.

6.2.2 Erfahrungswerte im Zuge von behördlichen Verfahren

Bereits gemachte Erfahrungswerte haben gezeigt, dass die Bauaufsichtsbehörde bei den Kontrollen vor Ort zu Schottergärten nicht umhinkommt, auch bei anderen offensichtlichen baurechtlichen Mängeln einzuschreiten. Bauen ohne Baugenehmigung oder eine falsche beziehungsweise abweichende Bauweise bilden nur einen kleinen Teil möglicher Verstöße gegen das Baurecht ab.

Infolgedessen können sich die Verfahren gegen Schottergärten im Umfang sowie in der Dauer deutlich verlängern.

Das Vorgehen gegen einen einzelnen Schottergarten fordert innerhalb der Bauaufsichtsbehörde Personalressourcen aus dem bautechnischen als auch gleichermaßen aus dem verwaltungstechnischen Bereich. Zu gleichen Anteilen sind mehrere Sachbearbeiter*innen mit einem einzelnen Fall über einen längeren Zeitraum (vgl. Punkt 5) beschäftigt.

Der reine Ortstermin zur Aufnahme eines Schottergartens dauert im Regelfall nur wenige Stunden. Erst die baurechtliche Prüfung und das daraus resultierende Verwaltungsverfahren können bis zu einige Jahre Zeit in Anspruch nehmen.

6.2.3 Umgang mit Schottergärten im Landkreis Peine

[siehe Punkt. 3 „Schottergärten im Landkreis Peine“]

Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Betroffenheit des Landkreises Peine hinsichtlich des Vorkommens an Schottergärten nur überschlägig und grob geschätzt werden. Bisher wurden nur Neubaugebiete aus den vergangenen 10 Jahren in eine erste Bewertung mit einbezogen.

Allerdings darf der Anteil an geschotterten Flächen insbesondere in älteren Baugebieten sowie in Gebieten ohne Bebauungsplan nicht außer Acht gelassen werden. Mit steigendem

Alter ziehen viele Bürger*innen einen pflegeleichten Garten vor und legen Schottergärten an. Viele unterschätzen allerdings den nachfolgenden Pflegeaufwand aufgrund Unkraut zwischen den Steinen oder Vermoosung der Steine.

Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass neben Schottergärten in Neubaugebieten ebenfalls eine Vielzahl solcher Bereiche in älteren Baugebieten oder Gebieten ohne Bebauungsplan vorzufinden sind.

Es wird nicht empfohlen, sich in der Bearbeitungsfolge speziell nur auf eine einzelne Gemeinde zu beziehen und dort alle Neubaugebiete oder ältere Wohngebiete mit hohem Schottergartenaufkommen zu bearbeiten.

Vielmehr sollte ein Vorgehen gegen Schottergärten im gesamten Landkreisgebiet ohne besondere Gemeindepriorität erfolgen, da davon auszugehen ist, dass in jeder Gemeinde eine ähnliche Zahl an Schotterflächen vorzufinden ist.

Aufgrund der bestehenden Personalressourcen handelt die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Peine derzeit anlass- und einzelfallbezogen sowie im Rahmen des eigenen Ermessens. Dazu gehört die Auswertung von Luftbildern, Hinweisen und eigenen Erkenntnissen im Rahmen von örtlichen Kontrollen. Es werden bereits einige Verfahren wegen Überschreitung der Grundflächenzahl und bestehender Schottergärten im Landkreisgebiet geführt.

Eine Ausweitung bereits laufender Verfahren und Vorgehensweisen gegen Schottergärten kann allerdings letztlich nur von der personellen Ausstattung abhängig gemacht werden.

Dies begründet sich damit, dass Bauaufsichtsbehörden als Gefahrenabwehrbehörden, neben der Bearbeitung von Genehmigungsverfahren, darüber zu wachen und darauf hinzuwirken haben, dass bauliche Anlagen, Grundstücke und Baumaßnahmen dem öffentlichen Baurecht entsprechen.

Bei einem verstärkten Einschreiten der Bauaufsicht gegen Schottergärten muss berücksichtigt werden, dass die Bearbeitung anderer Verfahren und Aufgaben weiterhin gewährleistet bleiben muss und nicht zurückstehen darf.

Dies betrifft insbesondere ein Einschreiten der Bauaufsicht in akuten Gefahrensituationen. Daher muss die Bearbeitung dieser Verfahren sowie die der originären Aufgaben neben dem Einsatz gegen Schottergärten weiterhin gewährleistet bleiben.

7 | Schlussfolgerung

Alle voran genannten Argumente, Erkenntnisse sowie Abfolgen machen deutlich, dass ein einzelnes Verfahren gegen Schottergärten neben personellen Ressourcen ebenfalls gleichermaßen viele Zeiteinheiten und Kapazitäten erfordert. Insbesondere die Dauer sowie der Umfang nachrangiger Verwaltungsverfahren wird oftmals erheblich unterschätzt.

Im Ergebnis sind infolgedessen zwei Varianten im weiteren Vorgehen möglich:

[Variante 1] Die Bauaufsichtsbehörde schreitet weiterhin Einzelfallabhängig gegen Schottergärten mit den vorhandenen Personalressourcen ein. Die Bearbeitung erfolgt aufgrund eingehender Hinweise oder eigene Erkenntnisse der Bauaufsichtsbehörde.

[Variante 2] Der bestehende Personalkörper der Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Peine wird um zwei weitere Stellen erweitert. Diese befassen die sich explizit mit der Bearbeitung und Verfolgung von Schottergärten im Landkreisgebiet. Dazu gehört ebenfalls

die Vornahme von Ortsterminen, Festlegung von der zu prüfenden Gebiete sowie der Abarbeitung von Hinweisen.

Diese möglichen Varianten werden der Politik zur Entscheidung vorgelegt.

[Redaktion]

Landkreis Peine

Fachdienst Bauordnung, Raumordnung
Werner-Nordmeyer-Str. 19a
31226 Peine

Stand: Mai 2023

[Quellen]

[Internetseiten]

<https://de.wikipedia.org/wiki/Schottergarten>

<https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/oekologisch-leben/balkon-und-garten/grundlagen/planung/26658.html>

<https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/oekologisch-leben/balkon-und-garten/grundlagen/planung/32487.htm>

<https://beck-online.beck.de/Home>

<https://www.mein-schoener-garten.de/themen/steingarten-alpinum>

<https://www.mein-schoener-garten.de/gartenpraxis/ziergaerten/zen-garten-anlegen-36381>

<https://www.mein-schoener-garten.de/gartengestaltung/gartenideen/gartengestaltung-mit-kies-und-splitt-23741>

<https://www.bonn.de/entsiegelung>

https://www.offenbach.de/buerger_innen/umwelt-klima/klima/klimawandel-klimaanpassung/entsiegelungsrichtlinie.php

<https://bund-region-hannover.de/bund-aktiv/begruentes-hannover/>

<https://www.gesetze-im-internet.de/>

<https://www.rheinstetten.de/de/nachrichten/naturnahe-gestaltung-oder-schottergaerten>

<https://www.bonn.de/entsiegelung>

https://www.offenbach.de/buerger_innen/umwelt-klima/klima/klimawandel-klimaanpassung/entsiegelungsrichtlinie.php

<https://bund-region-hannover.de/bund-aktiv/begruentes-hannover/foerderprogramm-fuer-gebaeudebegruenung-und-entsiegelung-in-hannover/>

[Gesetze / Kommentierungen/ Urteile]

Große – Suchsdorf/ Breyer, 10. Auflage 2020, Niedersächsische Bauordnung, Kommentar

Niedersächsische Bauordnung (NBauO) vom 3. April 2012 | aktuelle Fassung

C.F.Müller/Michael Brenner /Öffentliches Baurecht/ 3. Auflage/2009

Wolff-Dietrich Barth, 17. Auflage Mai 2022, Niedersächsische Bauordnung / Textausgabe mit weiteren Vorschriften des öffentlichen Baurechts

Battis/ Krautzberger /Löhr, 14. Auflage 2019, BauGB

Spannowsky/Uechtritz, 57. Edition, BeckOK BauGB

Brügelmann, Werkstand: 125. Lfg. Januar 2023, BauGB

Stand: Mai 2023

Brügelmann/Bank, 125. EL Januar 2023, BauGB § 178

Battis/Krautzberger/Löhr/Mitschang, 15. Aufl. 2022, BauGB § 30

Battis/Krautzberger/Löhr/Mitschang/Reidt, 15. Aufl. 2022, BauGB § 34

BeckOK BauordnungsR Nds/Blume, 25. Ed. 1.2.2023, NBauO § 84

Große-Suchsdorf/Wiechert/Lenz, 10. Aufl. 2020, NBauO § 84

Große-Suchsdorf/Wiechert/Sander, 10. Aufl. 2020, NBauO § 56

BeckOK BauordnungsR Nds/Lackner, 25. Ed. 1.2.2023, NBauO § 9

BeckOK BauordnungsR Nds/Franke, 25. Ed. 1.11.2022, NBauO § 79

OVG Lüneburg Beschl. v. 17.1.2023 – 1 LA 20/22

Nds. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz; Bauaufsicht; Information zu nicht überbauten Flächen von Baugrundstücken gem. § 9 Abs. 2 NBauO; 11.12.2019

[Veröffentlichungen]

„Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Schottergärten“ | Baurechtliche Instrumente und praktische Beispiele - Leitfaden | Städte – und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen | Stand 11' 2019

[Weitere]

*Gemeinde Vechelde
Hildesheimer Str. 85
38159 Vechelde*

*Gemeinde Ilsede: Eichstraße 3, 31241 Ilsede
Außenstelle Gemeinde Ilsede in Gadenstedt
Am Breiten Tor 1
31246 Ilsede*

*Gemeinde Hohenhameln
Marktstr. 13
31249 Hohenhameln*

*Gemeinde Wendeburg
Am Anger 5
38176 Wendeburg*

*Gemeinde Edemissen
Oelheimer Weg 1
31234 Edemissen*

*Gemeinde Lengede
Vallstedter Weg 1
38268 Lengede*

[Abkürzungen]

Nds. Bauordnung | NBauO

Baugesetzbuch | BauGB

Baunutzungsverordnung | BauNVO

Örtliche Bauvorschriften | ÖBV



Informationsvorlage Federführend: Referat Kreisentwicklung, Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit	Vorlagennummer:	2023/059
	Status:	öffentlich
	Datum:	22.05.2023

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Bauen und Liegenschaften (Kenntnisnahme)	13.06.2023	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	rd. 90.000 €
Mitwirkung Landrat:	nein	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	ja		

Radverkehrskonzept Landkreis Peine - Zielausrichtung und Verfahren

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Die Landkreisverwaltung wurde beauftragt, eine Ausschreibung zur Erstellung eines Radverkehrskonzeptes durchzuführen. Dieses ist September 2022 erfolgt. Beauftragt wurde im Ergebnis das Büro PVG-Alrutz aus Hannover in Zusammenarbeit mit plan & rat aus Braunschweig. Beide Büros verfügen über eine ausgezeichnete Expertise und sind auch bereits in der Region tätig, so dass Synergieeffekte entstehen.

In der Ausschreibung wurde das Radverkehrskonzept baulastträgerübergreifend konzipiert, es werden nicht nur Verbindungen in der Baulast des Landkreises Peine betrachtet. Die bisher in der Aufstellung befindlichen Radverkehrskonzepte des Regionalverbandes Großraum Braunschweig (RRVK) und der Stadt Peine (iVEP) werden inhaltlich berücksichtigt.

Am 27. April 2023 fand der erste Lenkungskreis mit Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der Gemeinden, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, der Polizei, dem ADFC, der wito und der betreffenden Fachdienste / Referate des Landkreises statt. Die Teilnehmenden diskutierten über den vom Gutachter erstellten Netzentwurf.

Derzeit erfolgt die Aufnahme der Radverkehrsinfrastruktur (Radverkehrsverbindungen und begleitende Infrastruktur).

Ein zweiter Lenkungskreis mit der Vorstellung der Ergebnisse wird im Herbst 2023 folgen.

Ziele / Wirkungen:

Im Ergebnis soll das Radverkehrskonzept eine potentielle Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur im gesamten Landkreis erreichen, einhergehend mit einer Erhöhung der Sicherheit im Radverkehr und Steigerung des Anteils beim Radverkehr am Gesamtverkehrsaufkommen und dadurch mehr Klimaschutz durch CO₂-Reduzierung.

Ressourceneinsatz:

Zur Beauftragung eines Gutachtens ist der o. g. Kostenrahmen in den Haushalt eingestellt worden. Der Rahmen wurde durch die Ausschreibung eingehalten.

Schlussfolgerung:

Ein beschlossenes Radverkehrskonzept stellt grundsätzlich die Basis für eventuelle Fördermöglichkeiten dar. Der Straßenbauverwaltung des Landkreises Peine wird in die Lage versetzt, eine Priorisierung der geplanten Maßnahmen im Zuge der Kreisstraßen durchzuführen. Gleichzeitig führt die baulastträgerübergreifende Betrachtung zu einer intensiven Abstimmung mit den anderen Baulastträgern über Planung und Finanzierung, damit der Radverkehr als System wirken kann.

Anlagen
